

# „Russland marschiert nicht Richtung Tyrannei“

Moskau wird selbst verstehen, dass es Europa braucht – meint Alexander Rahr

Die Beziehungen zwischen der EU und Russland stecken in einer tiefen Krise. Im Vorfeld des gemeinsamen Gipfeltreffens Ende November sprach MDZ-Autor Christian Weisflog mit dem Politologen Alexander Rahr über die Gefahr einer neuen Eiszeit und die Möglichkeiten einer erneuerten Partnerschaft zwischen Russland und Europa.

Wenn man das alte Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, das auch auf die Energiecharta verweist, zur Hand nimmt, findet man darin gemeinsame Bekenntnisse zu Demokratie, Menschenrechten und Marktwirtschaft. Russland bewegt sich momentan aber immer weiter von diesen Werten weg. Gibt es überhaupt noch eine Basis für eine Partnerschaft?

Wir haben 2006 eine Zeitenwende erlebt. Russland ist unter Wladimir Putin nicht nur selbstbewusster, sondern auch stärker geworden. Russland will auf die westlichen Märkte, was für viele von uns bedrohlich scheint. Und wir sind in einer Sackgasse. Die Umwandlung der EU von einer wirtschaftlichen zu einer politischen Union ist nicht geglückt. Die Nervosität darüber drückt sich in erkennbaren Zweifeln am eigenen Wertemodell aus. Auch die Wertepartnerschaft mit den USA funktioniert nicht mehr wie früher. Es ist heute schwieriger, mit Werten als mit Interessen zu expandieren, wie das Beispiel Russlands zeigt. Das haben wenige in Europa begriffen. Die Energiecharta hat Russland 1991 unterzeichnet. Damals befanden sich die Konsumländer in einer Position der Stärke. Europa wollte ein Rohstoffreservoir aus Russland machen, aber Russland will das heute nicht mehr. Die Energiecharta ist Schnee von Gestern, das wird auch in der EU stillschweigend anerkannt. Es braucht nun eine Partnerschaft, welche die Interessen der Konsum-, Transit-, und Produzentenländer gleichermaßen berücksichtigt.

Aber kann sich Europa erlauben, in einer Partnerschaft Prinzipien wie Demokratie und Menschenrechte nicht mehr hoch zu halten?

Wir haben die Demokratie unter großen Anstrengungen im Kalten Krieg erkämpft, während der bipolaren Konfrontation. Wir wollten dem Osten zeigen, dass ein schöneres Entwicklungsmodell möglich ist. Das schien in den 90er Jahren noch zu klappen. Heute haben wir aber die Situation, dass sich in Russland und China, in undemokratischen Regimen, die Wirtschaft schneller entwi-

Die EU ist im Moment in der Russlandpolitik tief zerstritten. Aber auch in Russland finden im Hinblick auf die Wahlen 2007/08 Ränkespiele statt. Kann man unter solchen Bedingungen für 2007 in den EU-Russland-Beziehungen überhaupt Fortschritte erwarten?

Man sollte keine zu hohen Erwartungen haben, etwa dass eine Seite sich durchsetzt. Die baltischen Länder und Polen sagen: Entweder wird Russland wie wir oder es kann uns gestohlen bleiben. Die alten EU-Länder müssen die Erfahrungen, welche die neuen osteuropäischen Mitglieder mit der sowjetischen Okkupation machten, ernst nehmen. Aber diese Länder müssen auch akzeptieren, dass es zwischen den alten EU-Ländern und Russland seit 15 Jahren eine Versöhnungspolitik gibt und dass eine

ner KGB-isierung Russlands zu sehen, wäre naiv.

Sie vertreten die Devise „Wandel durch Verflechtung“. Wer aber sagt, dass sich Russland durch die Verflechtung nach Europa richten wird und nicht umgekehrt?

Man sollte die ideologische Kraft Russlands nicht überschätzen. Russland verfolgt im Moment kommerzielle Interessen in einem rüden Cowboystil. Man hat viel Geld und schmeißt es noch arroganter raus als derzeit die Araber. Auch damals hatte man Angst, dass die Araber alles aufkaufen, aber es ist nichts passiert. Die Verflechtung der Interessen scheint mir daher der richtige Weg zu sein. Wir können unsere Nachbarn auch nicht wegdenken. Russland wird selbst verstehen, dass es Europa braucht. Denn sein wirklicher Gegner ist China. Und wenn es sich weiter so benimmt, begibt es sich direkt in Chinas Arme. Doch die asiatischen Werte sind Russland viel fremder als die russischen Werte für Westeuropa.

In der EU herrscht momentan aber vor allem die Meinung, dass Europa Russland braucht. Die EU wird ihren Gasbedarf zunehmend aus Russland decken müssen. Allerdings geht heute auch fast drei Viertel des russischen Gasexports in die EU. Wer hängt nun von wem ab?

Im Moment ist es eine gegenseitige Abhängigkeit. Man muss sehen, wie sich Russlands asiatische Energiepartnerschaft entwickelt. Lassen wir das turbulente Jahr 2006 erst einmal vorbei gehen. Zurzeit sind immer wieder neue Husarenmeldungen zu lesen von Übernahmeangeboten russischer Firmen. Das sind ungewohnte Nachrichten, die Europa in einen Schockzustand versetzen. Aber wir sollten zuerst sehen, was diese Investitionen bringen, bevor wir darüber urteilen.

Polen hat nun sein Veto eingelegt. Es will nur mit Russland über ein neues Partnerschaftsabkommen verhandeln, wenn Moskau die Energiecharta unterschreibt. Kann Polen damit etwas erreichen?

Es ist kein Veto, denn diese Frage muss nicht im Konsens geregelt werden, sondern unterliegt einem Mehrheitsentscheid. Polen will damit nur seine Position markieren. Es warnt vor großen Problemen, wenn Russland die Charta nicht unterschreibt. Aber die Energiecharta ist tot. In einem neuen Vertrag gilt es, gerade auch die Rechte und Pflichten der Transitländer zu definieren. Diese haben in der Vergangenheit ebenfalls ihre Monopolstellung politisch ausgenutzt. Im Moment ist es ein Hauen und Stechen, aber für einen Kompromiss ist es noch nicht zu spät.

Putin betont ja, dass Russland die Prinzipien der Energiecharta einhält. Warum aber weigert sich Moskau dann, den Vertrag zu ratifizieren?

Das Problem ist die Internationalisierung des Pipeline-Systems, das die Charta vorsieht. Solange die Erdöl-Preise für ein Barrel nicht unter 20 Dollar sinken, wird Russland auf dem eigenen Territorium nicht auf sein Transportmonopol verzichten.

Was erwarten Sie von dem bevorstehenden Gipfel?

Auch bei der Kaliningrad-Frage oder der Ausweitung des Partnerschaftsabkommens auf die neuen EU-Mitglieder wurde lange keine Lösung gefunden. Russland hat dann nachgegeben. Diesmal läuft es eher auf einen Kompromiss hinaus. Dazu kommen neue Konflikte: Die Kosovo-Frage oder der Konflikt zwischen Russland und Georgien. Darauf hat die EU wenig Einfluss. Es wird ein schwieriger Gipfel. Mit Putin geht das noch und man muss hoffen, dass nach ihm nicht ein Politiker kommt, dem Europa ganz egal ist.

## Zur Person



Alexander Rahr wurde 1959 in Taiwan geboren. Seine Großeltern verließen Russland nach der Oktoberrevolution. Der studierte Historiker wuchs in Tokio, Brüssel, Frankfurt und München auf. Heute ist der 45-Jährige Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und Programmdirektor des Körper-Zentrums Russland/GUS in Hamburg. Er veröffentlichte über 300 Publikationen, darunter auch die Biografie von Wladimir Putin „Ein Deutscher im Kreml“.

ckelt. Werte darf man vor allem nicht mit Kampf einführen. Wir leben immer noch in den 90er Jahren und glauben, wie im Kosovo die Probleme schnell lösen zu können. Wir haben es aber nicht geschafft, den Mittleren Osten zu demokratisieren, die Lage ist eher noch schwieriger geworden. Ich frage mich, ob wir uns nicht bereits in der Defensiv befinden.

Versöhnung auch möglich ist. Es braucht die Politik der kleinen Schritte. Russland wird nie Nato- oder EU-Mitglied. Ich stelle mir eine Cohabitation vor, kein geteiltes Europa, sondern eines, das wir gemeinsam bewohnen. Dann werden wir nicht nur strategische Nachbarn, sondern nähern uns allmählich auch einer gemeinsamen Identität an.

Allerdings scheint gerade in Russland momentan der Wille zur Versöhnung sehr klein zu sein. Der Tenor von Politikern und Medien verkommt immer mehr zu einer aggressiven Großmachtpropaganda, die von der breiten Masse gerne aufgenommen wird.

In Russland herrscht zurzeit eine sehr schwierige Situation. Die Sprache ist von einem aufkommenden Ultranationalismus. Die Schuld muss auf beiden Seiten gesucht werden. Alle russischen Präsidenten, Jelzin und Putin, haben sich für die Okkupation entschuldigt, soweit es geht. Das sollte anerkannt werden. Als kleiner Staat wie Georgien sollte man Russland allerdings nicht demütigen, indem man verhaftete russische Offiziere in Handschellen, geführt von uniformierten Frauen, im Fernsehen zeigt. Es geht nicht, Russland zu provozieren, um alsdann Schutz bei den USA zu suchen, wenn die Retourkutsche kommt.

Der Moskauer Focus-Korrespondent Boris Reitschuster warnt in seinem neuen Buch vor einer neuen Diktatur in Russland, die eine Gefahr für Europa darstellt.

Ich halte das alles für überzogen. Reitschuster gehört zu einer Reihe von Leuten, die von Russland enttäuscht wurden, weil sie wollten, dass Russland wie Deutschland wird. An dieser Stelle sollte man die Geschichte der letzten 15 Jahre sehen. Der Westen hat Fehler gemacht, vor allem die USA. Es ist eine Phase, in der die Wunden geleicht werden. Aber meiner Meinung nach marschiert Russland nicht Richtung Tyrannei. Das Pendel wird sich auch wieder in die andere Richtung bewegen. Im Moment sieht es so aus, als ob Dmitrij Medwedjew der Nachfolger von Putin werden wird. Er hat durchaus auch schon unterstützende Worte für die Liberalen oder etwa Michail Chordorkowskij gefunden. Man muss die Kirche im Dorf lassen, alles im Zusammenhang ei-

## KURZ und KNAPP

### Fünf Jahre Haft für Journalisten

Boris Stomachin, Herausgeber der Zeitung „Radikalnaja Politika“, wurde Mitte November wegen „Schürung von ethnischen Zwißt“ zu fünf Jahren Haft verurteilt. In seinen Artikeln bezeichnet Stomachin die russischen Truppen in Tschetschenien als Okkupanten und verglich Präsident Putin mit Saddam Hussein und Slobodan Milosevic. Interfax berichtet, dass das zuständige Amtsgericht Stomachin vorwarf, terroristische Handlungen zu unterstützen, die darauf abzielen, die Russen als Rasse auszulöschen. Stomachin verteidigte sich, dass er ausschließlich seine Meinung vertritt, zu der sich die Leute frei äußern könnten: „Eine Meinung ist kein Aufruf zum Handeln.“

### Die Uno will „Verschwinden“ klären

Nach UNO-Fakten verschwinden weltweit jedes Jahr über 10 000 Menschen. Die Experten der UNO-Arbeitsgruppe zu „erzwungenem oder unfreiwilligem Verschwinden“ begannen Mitte November ihre Untersuchungsergebnisse in Genf vorzutragen. Fast 300 der 570 Untersuchungsanträge kommen aus Russland, während ein Großteil in Zusammenhang mit dem Tschetschenienkonflikt steht. „Tausende Menschen sind seit 1999 in Tschetschenien verschwunden. Und die russischen Behörden wissen davon“, sagt Rachel Denber, Direktorin der Europa- und Zentralasienabteilung von Human Rights Watch. Damit die Nachforschungen nach den „Verschwundenen“ nicht ausschließlich von nationaler Politik abhängig sind, können auch NGOs und Staatsbürger direkt Beschwerde bei der UN einreichen.

### Hunderte trauern um Jurij Lewada

Mitte November erlag der russische Soziologe Jurij Lewada einem Herzinfarkt. Der 76-Jährige verstarb in seinem Büro des von ihm gegründeten unabhängigen Meinungsforschungsinstituts „Lewada-Zentrum“. „Er hat immer für das gekämpft, an das er geglaubt hat“, sagt Tatjana Saslawskaja, langjährige Mitarbeiterin Lewadas. Der gebürtige Ukrainer war der erste Soziologieprofessor an der Moskauer Staatsuniversität. Wegen „ideologischer Fehltritte“ wurde Lewada 1972 aus seiner Professur entlassen. Unter Gorbatschow reetablierte sich Lewada und gilt heute als prominentester russischer Soziologe. Über 400 Trauernde erwiesen Lewada auf dem Trojekurowskoje-Friedhof die letzte Ehre.

### Zahlen bitte!

# 60

... Rubel (1,75 Euro) hat das russische Finanzministerium als unteren Ladenpreis für eine Halbliterflasche Wodka festgelegt. Billiger könne legal produzierte und versteuerte Alkoholware auch nicht sein, sagte der stellvertretende Finanzminister Sergej Schatalow im Fernsehen. Der Selbstkostenpreis liegt etwa bei 20 Prozent der Verkaufssumme, der Löwenanteil sind die Steuern von 32 Rubel aufwärts. Der Verband der Alkoholindustrie begrüßte die Wiedereinführung des Mindestpreises als Mittel im Kampf gegen die Schattenwirtschaft. Nur hätten es 75 Rubel sein sollen, erklärte der Präsident der Nationalen Alkoholvereinigung, Pawel Schapkin.

## Moskauer Deutsche Zeitung

DIE UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Herausgeber  
Heinrich Martens

Redaktion  
Larissa Chudikowa  
Redaktions-Assistenz  
lotos@martens.ru

Carmen Eller  
(Gesellschaft, Feuilleton, Fotoreportage)  
celler@martens.ru

Tino Künzel  
(Leben in Moskau, Geschichte,  
Meinung und Medien)  
tinok@martens.ru

Diana Püplichhuysen  
(Wirtschaft, Zeitgeschehen,  
Deutsches Dorf)  
diana@martens.ru

Christian Weisflog  
(Politik, Regionen, Russlands Nachbarn)  
cweisflog@martens.ru

Elena Solominski  
(Wo und Was in Moskau)  
elens@gmx.net

Korrektur  
Nina Botschkarjowa, Raissa Kraptschina

Computersatz  
Hans Winkler

MDZ-Online  
Tino Künzel

„Martens. Verlag & Consulting“ AG

Geschäftsführung  
Olga Martens

Vertrieb  
Nina Bogowik  
Tel.: (495) 246 4051, Fax: (495) 248 3874  
mdz-abo@martens.ru

Anzeigen  
Tatjana Gorbatschowa  
Tel./Fax: (495) 937 6545, 248 5858  
gtv@martens.ru

Adresse  
Russland, 119435 Moskau,  
Deutsch-Russisches Haus,  
Ul. Malaja Pirogowskaja 5, Office 54.  
Tel.: (495) 937 6547, 248 23 30, 937 6544  
Fax: (495) 248 3874  
E-Mail: redaktion@martens.ru

MDZ im Internet: [www.mdz-moskau.eu](http://www.mdz-moskau.eu)

Die Redaktion wird gefördert durch das Institut für Auslandsbeziehungen e.V. aus Mitteln des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland.

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für den Inhalt der veröffentlichten Anzeigen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck nur mit Quellenangabe möglich. Designentwurf: Natalija Gwosdewa. Registriert bei Roskompetschat. Registriernummer 017576. Redaktionsschluss: 22. November 2006. Gedruckt in der Druckerei „Pressa“. Auflage 25 000 Expl. Номер заказа 510922. Газета в розницу не распространяется